



In der Märzausgabe dieses Magazins hat der Paritätische Brandenburg über die gravierenden Defizite in der psychotherapeutischen Versorgung in Ostdeutschland berichtet. Das Thema stand auch auf der Agenda des diesjährigen Verbandstages, den der Paritätische Gesamtverband im April in Potsdam ausgerichtet hat. Denn der Mangel an Therapieplätzen in ländlichen Gebieten ist mit dem Allgemeinen Menschenrecht auf Gesundheit nicht vereinbar.

Viele paritätische Einrichtungen sind betroffen - bei steigendem Bedarf, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Der Workshop „Psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung im ländlichen Raum“, moderiert von Antje Ludwig (Paritätischer Sachsen-Anhalt) und Melanie Lorenz (Paritätischer Brandenburg), wollte nicht nur die Ursachen erforschen, sondern auch erste Ansätze für eine verbandliche Strategie erarbeiten.

Versorgungsplanung

Nadine Mahnecke-Windhövel (Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer) informierte einleitend über die bisherige Entwicklung und den Sachstand. Das eigentliche Problem, so lässt sich zusammenfassend feststellen, lässt sich auf ungeprüfte und einseitig orientierte Grundvoraussetzungen der Versorgungsplanung zurückführen:

- dass die Nachfrage auf dem Land erheblich niedriger sei als in den städtischen Ballungsgebieten
- dass die Einwohnerschaft der ländlichen Gebiete das Angebot in den Großstädten mitnutzen könne.

Diese Rechnung geht insbesondere in Ostdeutschland nicht auf, denn dort

Gemeinsam handeln

Workshop „Psychotherapeutische Versorgung im ländlichen Raum“

gibt es nur wenige Ballungsgebiete, die zudem noch sehr ungleichmäßig verteilt sind. Die Folge: Patientinnen und Patienten müssen dort auf einen Therapieplatz viel länger warten als im Rest der Republik und haben außerdem erhebliche Anfahrtswege. Die meisten Brandenburger Landkreise zum Beispiel sollen von Berlin, Potsdam oder Cottbus mitversorgt werden. Entfernungen bis zu 80 Kilometern werden dabei zugemutet. Das im Juli 2015 in Kraft getretene GKV-Versorgungsstärkungsgesetz sollte diese Verhältnisse eigentlich ändern. Getan hat sich aber nur wenig: Eine neu eingeführte psychotherapeutische (Termin-)Sprechstunde verkürzt zwar die Frist bis zum Erstgespräch, auf den eigentlichen Therapiebeginn muss man aber immer noch durchschnittlich 21 Wochen warten.

Daran wird deutlich, dass Einwohnerdichte kein hinreichendes Kriterium zur Bedarfsbemessung ist. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) kommt mit der schon lange geplanten Differenzierung nach weiteren demografischen Faktoren wie Bevölkerungsentwicklung, Sozial- und Morbiditätsstrukturen aber nicht voran. Hinzu kommt, dass schon die grundlegende Bedarfsberechnung - durchgeführt 1999 - auf fehlerhaft erhobenen Daten zur Versorgungsdichte beruhte. Im Prinzip orientiert sich die Anzahl der in Ostdeutschland kassenärztlich

zugelassenen Praxen aber immer noch daran. Um das auszugleichen wären, so Nadine Mahnecke-Windhövel, noch vor jeder Richtlinienreform 1.400 weitere Sitze einzurichten.

Besonders für Kinder und Jugendliche ist der Mangel an psychotherapeutischen Angeboten ein Problem. Martina Marx berichtete dazu aus der Sicht einer niedergelassenen Psychotherapeutin. Sie hat ihre Praxis vor kurzem aus Brandenburg/Havel in das ländlich gelegene Geltow verlegt. An der hohen Nachfrage habe das nichts geändert, wohl aber an den Zugangswegen. „In der Stadt“, stellte sie fest, „haben viele Jugendliche spontan an meiner Tür geklingelt, um einen Termin zu bekommen.“ Das sei wegen der langen Wege auf dem Land nicht so einfach. Und weil die telefonische Erreichbarkeit trotz der neuen Sprechstundenzeiten noch immer sehr eingeschränkt sei, erhalte sie nun viele Nachfragen per E-Mail und - das zeigt den hohen individuellen Leidensdruck - mitunter sogar per Briefpost. Kurzfristige und direkte Kommunikation sei neben dem Versorgungsmangel das größte Problem, vor allem wenn wegen der Dringlichkeit schnelles Handeln nötig sei - zum Beispiel bei Anorexie oder Schulverweigerung.

Schnellerer Zugang durch Kooperation

Auch in den stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen steigt der

Bedarf, wie Anja Quilitz, Leiterin der vom Arbeiter-Samariter-Bund Barnim getragenen Bergvilla Adolf Reichwein bestätigte. Zum einen ist - bedingt durch Belegungsprioritäten der Jugendämter, wie hier betont werden muss - in Kinder- und Jugendwohngruppen ohnehin eine steigende Tendenz zu psychisch bedingten Verhaltensauffälligkeiten festzustellen. Laut Anja Quilitz sind davon zusätzlich immer jüngere Kinder betroffen. Mit der Öffnung des Altersspektrums ergibt sich schon rein rechnerisch eine zunehmende Anzahl von Bewohnerinnen und Bewohnern, die auf therapeutische Unterstützung angewiesen sind.

Um darauf trotz des Versorgungsmangels adäquat reagieren zu können, beschreitet die Bergvilla einen ganz eigenen Weg: Sie kooperiert seit einigen Jahren mit der kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilung des nächstgelegenen Krankenhauses. Die dort angestellten Therapeutinnen und Therapeuten bieten vor Ort in den Wohngruppen wöchentliche Sprechstunden. Außerdem gibt es für Krisenfälle eine Art Garantie auf umgehende direkte Hilfe. Darüber hinaus erweitert das Betreuungspersonal in themenbezogenen Fortbildungen regelmäßig seine psychologische Sachkenntnis - nicht nur, um die Kinder besser zu verstehen, sondern auch, um kompetent mit dem medizinisch-psychologischen System kommunizieren zu können. Nicht zuletzt bemüht sich die Bergvilla, die psychischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen durch intensive Zuwendung möglichst gering zu halten - mit regelmäßigen Besuchen auch in der Zeit krisenbedingter Krankenhausbehandlungen. „Kein Kind“, so Anja Quilitz, „wird bei uns alleingelassen.“ Finanziert wird das alles vom Träger selbst.

Der Paritätische ist gefordert

Die Ausführungen der Expertinnen zeigen: Am Versorgungsmangel wird sich insbesondere für Kinder und Jugendliche ohne eingreifende Steuerung nichts ändern. Und Einrichtungen und Träger, die selbst initiativ werden, können vor Ort erheblich zur

Entlastung beitragen - müssen aber die Versorgung selbst finanzieren. Wie Antje Ludwig betonte, ging es in diesem Workshop aber auch darum, Ansätze für eine verbandliche Gegenstrategie zu entwickeln. „Was kann man als Verband tun?“, so ihre Frage an die Teilnehmenden.

Wie sich zeigte, hatte das Kooperationsbeispiel der Bergvilla insgesamt überzeugt. Der Paritätische, so der Wunsch, solle derartige Beziehungen fördern und dafür Initiatoren- und Vermittlerfunktionen übernehmen. Parallel wurde vorgeschlagen, im Vor-Ort-Bereich Netzwerke mit Einrichtungen und Kommunen zu bilden, damit man gemeinsam politischen Einfluss auf die Bedarfsplanung nehmen könne. Voraussetzung sei, dass die Mitgliedschaft bereits auf der Kreisgruppenebene möglichst mit Hilfe von Expertinnen und Experten über die Problematik informiert werde. Auch die

Informations- und Lobbyfunktion des Verbandes wurde thematisiert. Zum einen sei es wichtig, öffentlich über den mangelnden Versorgungseffekt der neu eingeführten psychotherapeutischen Sprechstunden zu informieren.

Und wie Jürgen Matzat von der Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen ausführte, werden nicht nur die Menschen in Ostdeutschland, sondern auch alle, die im Ruhrgebiet leben, systematisch schlecht versorgt. Der Grund: Das gesamte Ruhrgebiet wird in der Bedarfsplanung als ländlicher Bereich klassifiziert. Der Paritätische, so Jürgen Matzat, sei einerseits gefordert, dagegen mit breiter Aufklärung vorzugehen. Gleichzeitig habe insbesondere der Landesverband NRW die Aufgabe, die Interessen der Betroffenen gegenüber dem Gesundheitsministerium NRW zu vertreten und gemeinsam mit anderen Verbänden dagegen vorzugehen.

Möglich, aber ein Kraftakt

Bildung ohne Geld

Das Recht auf Bildung unabhängig von Herkunft, Klasse oder Schicht steht in Deutschland gesetzlich außer Frage. Was die Zugänglichkeit angeht, gibt es in Brandenburg, wenn man wenig Geld hat oder auf dem berlinfernen Land wohnt, aber viele Barrieren.

Freie Schule oder lange Fahrtzeit?

Wegen zu geringer Nachfrage wurden allein zwischen 2001 und 2013 fast 178 staatliche Schulen geschlossen. Das entspricht einem Rückgang um 30 Prozent. Und dieser Trend setzt sich ungebrochen fort. Der Grund: vor Ort zu wenig Kinder. Das Land ist nicht bereit, pro Klasse weniger als 23 Kinder zu beschulen. Man fasst sie lieber zentral zusammen. Der Weg bis zur nächsten Schule ist damit mancherorts sehr lang geworden - zumal, wenn es keinen oder nur eingeschränkten Anschluss an den Öffentlichen Personennahverkehr gibt. Vor allem für Familien mit Kindern im Grundschulalter

ist das ein Problem, denn letztlich bleibt die Verantwortung für die Beförderung bei den Eltern. Mit einer regulären Berufstätigkeit beider Elternteile ist das nicht zu vereinbaren, und noch schwieriger wird es für Alleinerziehende.

Folgt man den Demografieprognosen, wird das Netz an öffentlichen Schulen weiter schrumpfen. Tragfähige Ansätze für die Vereinbarung der schulischen mit den kindlichen und familiären Anforderungen - etwa klassenübergreifender Unterricht in wohnortnahen „Zwergschulen“ oder eine sichere und kostenlose Beförderung mit Schulbussen - gibt es dennoch nicht. Mancherorts gibt es erreichbare Angebote nur, weil freie Schulen die Lücken schließen. Die werden aber, anders als staatliche Schulen, nur teilweise refinanziert und müssen deshalb Schulgeld erheben. Damit bestimmt die individuelle Finanzkraft darüber, ob

man sich wohnortnahen Unterricht leisten kann.

Teure Lernmittel, hohe Fahrtkosten

Geld ist auch in der weiterführenden Schule eine unabdingbare Voraussetzung. Insbesondere für Familien mit niedrigem Einkommen ist es schwer, die hohen finanziellen Anforderungen zu erfüllen, die dort an die Ausstattung gestellt werden. Von den pauschal 100 Euro, die jedes Kind im SGB II-Bezug jährlich zusätzlich zum Regelbedarf für Schulmaterial erhält, entfällt das meiste schon auf Bücher. 29 Euro müssen in Brandenburg jährlich als Eigenanteil aufgebracht werden. Familien, die Transferleistungen erhalten, sind laut Lernmittelverordnung zwar eigentlich davon freigestellt, die Regel ist aber so unklar formuliert, dass sich darauf niemand so recht beziehen kann. Informell, weil nicht ganz regelkonform, werden von den meisten Schulen außerdem weitere Anschaffungen nahegelegt - meist Bücher und Arbeitshefte, die zusätzlich bezahlt werden müssen.

Egal, ob mit Auto oder Bus: Auch Fahrtkosten sind eine Hürde. Kostenlose Schülerinnen- und Schülerbeförderung gibt es in Brandenburg nur in einigen Landkreisen. Und das für ALG II-Bezieherinnen eigentlich in der Pflicht stehende Jobcenter zahlt die Tickets nur, wenn die nächstgelegene Schule des gewählten Bildungsganges besucht wird. Das ist zum einen ein erheblicher Eingriff in die freie Schuwahl. Erschwerend kommt aber hinzu, dass die Gesamtschulen und Gymnasien im wettbewerbsorientierten Brandenburg ihre Schülerinnen und Schüler nach den Erfolgsaussichten aussuchen. Wer nicht zu den Klassenbesten zählt, darf froh sein, überhaupt irgendwo einen Platz zu ergattern - und muss dafür bis zu 31 Euro monatlich für ein Abo aufbringen, die nicht im Regelsatz berücksichtigt sind.

Keine Bildungsfahrt nach Israel

Auch Ausflüge und Klassenfahrten belasten das Familienbudget. Sie werden zwar vom Jobcenter finanziert, das Verfahren ist aber aufwändig und oft

so langwierig, dass die Bescheide erst eintreffen, wenn schon alles vorbei ist. Für die Kinder und Jugendlichen ist es außerdem nicht schön, wenn die ganze Schule weiß, wovon die Familie lebt. Außerdem ist die Kostenübernahme begrenzt auf Familien, die ALG II beziehen. All jene, deren Einkommen sich nur knapp oberhalb der Regelsätze bewegt, müssen alles aus eigener Kraft

bezahlen. Sie könnten sich zwar an die landeseigene „Stiftung für Familien in Not“ wenden, die Unterstützungsaussichten sind aber eher vage. Und das Prüfungsverfahren ist langwierig und ebenso aufwändig wie ein Erstantrag auf ALG II. Für Jugendliche, deren Eltern nur wenig Geld haben, muss die teure Bildungsfahrt nach London oder Israel deshalb oft genug ausfallen.

Familie Gerhard hat's geschafft

Simone Gerhard kennt alle Schulprobleme. Unter anderem, weil sie für ihre drei Kinder schon immer allein zuständig war, lebt sie von ALG II. Sie wohnt in einer ländlichen Gegend nahezu ohne Infrastruktur. Trotzdem: Zwei ihrer Kinder haben bereits ihr Abitur, das dritte steckt gerade mitten in den Prüfungen. Simone Gerhard hat das geringe Einkommen und die weiten Entfernungen wo immer möglich irgendwie kompensiert. Zum Beispiel hat sie die Kinder relativ häufig mit dem Auto - angespart aus dem ehemals zusätzlich zur Sozialhilfe gezahlten Erziehungsgeld - zur Schule gefahren, weil sie sonst zu viele Leerzeiten gehabt hätten. „Das wäre auch nicht anders möglich“, sagt sie. „Die Kinder hatten so lange Schultage und dann auch noch Hausaufgaben. Das wäre bei dem unregelmäßigen Linienverkehr und den langen Fahrtzeiten nicht zu schaffen gewesen.“

Um die schulischen Anschaffungen bezahlen zu können, hat Simone Gerhard an anderer Stelle und vor allem bei sich selbst gespart. Ihre eigene Kleidung hat sie auf Flohmärkten und in Kleiderkammern gekauft, und sie hat eine ganze Menge ihrer Möbel aus Resten selbst gebaut. Auch hat sie das Glück, dass ihr Jobcenter großzügig

ist und die Kosten für zusätzliche Bücher auf Antrag neuerdings übernimmt. Außerdem engagiert sie sich in der Selbsthilfeorganisation SHIA (Selbsthilfegruppen Alleinerziehender), die ihr unter anderem mit rechtlichen Informationen zur Seite steht. So hat sie schon recht früh davon erfahren, dass es in Brandenburg eine besondere Form von Schülerbafög gibt, die das Land Kindern aus einkommensarmen Familien ab Jahrgangsstufe 11 anrechnungsfrei auch bei ALG II-Bezug auszahlt.

Trotzdem hätte Simone Gerhard die elektronische Ausstattung, die heute für die Schule nötig ist - Smartphones, um per WhatsApp am Klassenchat teilzuhaben, Computer und Drucker -, nicht finanzieren können. „Das hat der Opa eingebracht“, betont sie.

Auch da hatte sie Glück, denn nicht alle Alleinerziehenden haben Eltern, deren Rente für die Unterstützung der dritten Generation reicht. Die laufenden Kosten für diese Geräte, zum Beispiel für Strom und Druckerfarbe, musste sie außerdem genauso aus dem Regelsatz bezahlen wie die Kopiekosten für die Handouts, die ihre Kinder für die Klasse regelmäßig anfertigen mussten.

Simone Gerhard hat es trotz aller Finanzbarrieren geschafft: ihre drei Kinder haben Abitur



Ein Jahr für die Persönlichkeitsbildung

Orientierung und Entwicklungsimpulse im Freiwilligen Sozialen Jahr

Im Allgemeinen ein Grund zum Aufatmen: Endlich die Schule beendet! Es kann aber auch bedeuten: Was nun? Nicht alle Jungen und Mädchen wissen, wie es weitergehen soll, wenn der erste große Abschluss bestanden ist. Der Berufswunsch: eine schwierige Entscheidung, die vielleicht das ganze Leben prägen wird. Das ausgewählte Studium: ohne Wartezeit vielleicht keine Zulassung.

Wer Geld hat und neue Eindrücke sammeln möchte, kann sich die Welt anschauen. Denjenigen, die finanziell abgesichert sein wollen oder müssen und die Zukunftsplanung trotzdem langsam angehen möchten, vermittelt aber auch ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) neue Perspektiven. Man kann es in ganz unterschiedlichen Bereichen absolvieren, zum Beispiel

- in der Sozialen Arbeit - etwa mit Kindern, alten oder behinderten Menschen
- in der Denkmalpflege - für alle, die kunst- oder architekturgeschichtliche Interessen haben und handwerkliches Geschick erwerben möchten
- im Kulturbereich, im Umwelt- und Naturschutz und in der Politik
- und auch im Ausland.

Gleichgültig, wofür man sich entscheidet: Überall gibt es Gelegenheit zu lernen und sich persönlich zu entwickeln. Denn Freiwilligenzeiten sind Bildungszeiten - wobei es nicht nur um den Erwerb neuer Kompetenzen geht, sondern auch um die Erweiterung des persönlichen Horizontes. Man erhält Einblick in neue Lebenszusammenhänge, lernt Verantwortung zu übernehmen und erhält Gelegenheit, zielgerichtet eigene Ideen und Projekte umzusetzen.

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd), die das FSJ in



Estelle mit Carsten Post bei der Paritätischen Mitgliederversammlung 2017

Brandenburg für den Paritätischen organisieren, vermitteln in die entsprechenden Einsatzstellen und begleiten die jungen Menschen während ihrer Einsatzzeit. Sie stehen als direkte Ansprechpartner immer zur Verfügung - auch dann, wenn es mit der Einsatzstelle mal klemmt -, und gestalten die Bildungsseminare, die alle Einsatzleistenden während des FSJ absolvieren.

FSJ beim Paritätischen Brandenburg

Auch Estelle Steidten wird von den ijgd betreut. Sie leistet ihr Freiwilliges Soziales Jahr beim Paritätischen Brandenburg und damit weit weg von ihrem Zuhause am Niederrhein. Im vergangenen Jahr hat sie das Abitur bestanden - und hätte wegen ihres guten Abschlusses direkt ein Studium oder eine Ausbildung beginnen können. Tatsächlich wusste sie aber gar nicht, in welche Richtung es dabei gehen sollte. Sie entschied sich dann für ein FSJ im Bereich Politik. Das Interesse daran hatte sich in den letzten beiden Schuljahren entwickelt. Eigentlich hatte sie nach einer Einsatzstelle in NRW gesucht, aber in diesem Bereich waren dort keine Plätze frei.

Im Verband hat Estelle verschiedene Aufgaben. Dazu gehört zum Beispiel die redaktionelle Betreuung der Website - wofür sie die meisten Texte selbst verfasst - und neuerdings auch die Unterstützung der aktuellen Kita-

kampagne. Sie hat ihre Mentorin Melanie Lorenz - Referentin für den Vorstand und die Öffentlichkeitsarbeit - aber auch zu einer ganzen Reihe politischer und verbandlicher Termine begleitet und den Aufbau des verbandlichen Social Media-Bereiches angekurbelt. Parallel hat sie auch eine Reihe von Sachbearbeitungsaufgaben - Materialbestellung zum Beispiel oder die Pflege von Teilnehmendenlisten. Ihre Mentorin wacht darüber, dass das nicht überhand nimmt.

Eine konkrete Vorstellung davon, welche Aufgaben im FSJ auf sie zukommen würden, hatte sie vorher nicht. Sie ist aber ganz zufrieden mit dem, was sie in den bislang acht Monaten erlebt und erfahren hat: „Ich glaube, für den Verband bin ich eine sinnvolle Hilfe“, stellt sie fest. „Und die Verbindung von Politik und Sozialer Arbeit finde ich interessant und abwechslungsreich.“ Auch die Bildungsseminare haben ihr gut gefallen. „Wir sitzen da nicht passiv und hören nur zu, denn wir entwickeln die Inhalte und Programme selbst. Bis jetzt hatten wir als Themen Medien, Rechtsprechung und Rhetorik.“

Estelles Freiwilligenjahr wird im August enden. So ganz hat sie sich immer noch nicht für einen Beruf entschieden, aber immerhin kann sie eine Richtung ausmachen: Etwas Gesellschaftliches soll es sein, vielleicht auch Jura.